

## Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in der DDR: der erstmals veröffentlichte Sozialreport zieht Bilanz

Noll, Heinz-Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

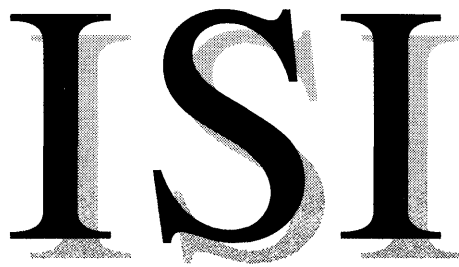
Noll, H.-H. (1990). Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in der DDR: der erstmals veröffentlichte Sozialreport zieht Bilanz. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 4, 1-5. <https://doi.org/10.15464/isi.4.1990.1-5>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung \* Gesellschaftliche Trends \* Aktuelle Informationen

**Nr. 4**  
**Juli 1990**

## **Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in der DDR**

**Der erstmals veröffentlichte Sozialreport zieht Bilanz**

Eine ZUMA  
Publikation

Im März dieses Jahres, pünktlich zu den ersten freien Wahlen in der DDR, legte das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR den »Sozialreport 1990« vor. Erstmals für die DDR wurde damit im Sinne der Sozialberichterstattung eine breite Öffentlichkeit über Zustand und Wandel der Lebensbedingungen, über das subjektive Wohlbefinden der Bürger, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Probleme in der DDR auf der Basis von statistischen Daten umfassend informiert. Der Bericht ist kürzlich sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik als Buchausgabe erschienen.<sup>1</sup>

### **Inhalt**

<b>Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in der DDR</b> .....	<b>1</b>
<b>Junge Frauen und Männer bleiben wieder länger im Elternhaus</b> .....	<b>5</b>
<b>Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland</b> .....	<b>8</b>
<b>Von »Ordnung und Disziplin« zu »persönlicher Selbständigkeit«</b> .....	<b>10</b>
<b>Italy Today 1988</b> .....	<b>14</b>
<b>Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur</b> .....	<b>15</b>
<b>Indikatoren der Zeitverwendung</b> ....	<b>15</b>
<b>Interessante Neuerscheinungen</b> .....	<b>16</b>

Versuche, über die Entwicklung der Lebensbedingungen in der DDR Bericht zu erstatten, hat es freilich auch schon vor den Umwälzungen des Jahres 1989 gegeben. Bereits in den Jahren 1985, 1987, 1988 und 1989 waren unter dem Titel »Soziale Ziele und Bedingungen der ökonomischen Strategie« Berichte zur sozialen Lage in der DDR zusammengestellt worden. Diese Materialien waren allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Bei einer auf 10 Exemplare limitierten Stückzahl hatte der Bericht den Status einer streng vertraulichen Verschlusssache und war nur dem engsten Kreis der Staats- und Parteiführung zugänglich. Von Sozialberichterstattung im üblichen Sinn, der es ja in erster Linie auf die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit ankommt, konnte unter diesen Umständen kaum die Rede sein.

### **Sozialindikatorenforschung in der DDR seit dem Ende der siebziger Jahre**

Die Sozialindikatorenforschung hatte in der DDR bereits gegen Ende der siebziger Jahre — allerdings mit deutlicher Verspätung im Vergleich zu anderen Ostblockländern, wie z.B. Ungarn, die Tschechoslowakei und auch die Sowjetunion — Interesse und Anhänger gefunden. Dabei hat vermutlich eine Rolle gespielt, daß mit der Proklamation der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« in den siebziger Jahren der Verbesserung des materiellen Lebensstandards und der Lebensbedingungen im allgemeinen eine höhere politische Priorität eingeräumt worden war. Nach der Gründung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften im Jahr 1978 war es insbesondere eine Arbeitsgruppe um Horst Berger, den Leiter des dortigen Forschungsschwerpunkts »Methodologie und Methodik der soziologischen Forschung«, die sich in der DDR mit Sozialen Indikatoren und Fragen der Sozialberichterstattung beschäftigte. Auf der Basis einer Rezeption der westlichen Sozialindikato-

<sup>1</sup> Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Herausgegeben von Gunnar Winkler. Verlag Die Wirtschaft, Berlin-Ost 1990; sowie Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart, München, Landsberg 1990.

renforschung, die man zwar ideologisch scharf kritisierte, aber in ihren Grundideen, Ansätzen und Methoden dennoch weitgehend übernahm, wurde die Notwendigkeit begründet, ein eigenes, dem Gesellschaftssystem der DDR entsprechendes »System sozialer Indikatoren der sozialistischen Lebensweise« zu entwickeln. Man versprach sich davon vor allem eine Verbesserung der Informationsbasis für die »Leitung und Planung der komplexen sozialökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft«. 1980 wird die Aufnahme der Sozialindikatorenforschung in den zentralen Forschungsplan für die Jahre 1981 - 1985 beschlossen. Es heißt dort: »Neue Erkenntnisse werden zur Einheitlichkeit und Differenziertheit der sozialistischen Lebensweise erwartet. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung eines Systems sozialer Indikatoren für die Leitung und Planung sozialer Prozesse«.

Im Rahmen eines von Berger und Mitarbeitern durchgeführten Projekts wurde ein »System sozialer Indikatoren der sozialistischen Lebensweise« dann auch tatsächlich konzipiert und 1984 veröffentlicht. Das Indikatorensystem umfaßt 10 sogenannte Bedürfniskomplexe, darunter z.B. Arbeit, Ernährung, Wohnen, Gesundheit, und unterscheidet vier Elemente der »sozialistischen Lebensweise«: materielle Lebensbedingungen, Lebensaktivitäten, soziale Beziehungen und subjektive Reflexionen und Werte. Die rund 600 objektiven und subjektiven Indikatoren, die dieser Vorschlag enthält, sollen — darin westlichen Indikatorensystemen ganz ähnlich — den Realisierungsgrad gesellschaftlicher Ziele messen und anzeigen. Das von seiner Konstruktion her ambitionierte Indikatorensystem ist allerdings empirisch nie umgesetzt worden und existiert praktisch nur auf dem Papier.

Wesentlich pragmatischer angelegt sind die sogenannten »Kennziffernsammlungen«, die von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zusammengestellt wurden. Aus der Perspektive der Sozialberichterstattung von besonderem Interesse ist die Kennziffernsammlung Sozialstatistik, die für 13 Bereiche, darunter z.B. Bevölkerung, Bildung, Arbeitskräfte und Beschäftigung, Gesundheitszustand, Wohnbedingungen, Umweltschutz und Zeitbudget eine Vielzahl von

Informationen in Form von Zeitreihen enthält, die bis 1970 zurückreichen. Weitere Kennziffernsammlungen liegen für die Themenbereiche »Die Frau in der DDR« und »Jugend in der DDR« vor. Die Kennziffernsammlungen der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR genügen bei weitem nicht den Anforderungen, die an ein System sozialer Indikatoren zu stellen sind, sie enthalten aber für einen längeren Zeitraum vergleichsweise differenzierte statistische Informationen über wesentliche Aspekte der Lebensbedingungen in der DDR. Der Öffentlichkeit und damit auch der Wissenschaft waren die Kennziffernsammlungen, die nicht publiziert wurden, nur begrenzt zugänglich.

#### **Kritische Lagebeurteilung schon in dem geheimen Bericht des Jahres 1988**

Ein Blick in den nicht öffentlichen, als geheime Verschlusssache behandelten Bericht »Soziale Ziele und Bedingungen der ökonomischen Strategie« des Jahres 1988 ist vor allem unter dem Gesichtspunkt von Interesse, wie die soziale Lage in der DDR der damaligen politischen Führung des SED-Staates dargestellt worden ist. Bemerkenswert erscheint vor allem, daß auf einen großen Teil der inzwischen bekannten, die Lebensverhältnisse in der DDR kennzeichnenden Mängel und Probleme relativ freimütig — wenn auch eingehüllt in ideologische Bekenntnisse und optimistische Zukunftsbeurteilungen — hingewiesen worden ist.

So wird z.B. im Zusammenhang mit der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen eine »gegen Jahresende 1986 und 1987 spürbar schlechter werdende Entwicklung des Einzelhandels« festgestellt. Die »Disproportionen zwischen Kauffonds und Warenfonds« hätten sich verschärft und schränkten die Wirksamkeit des Leistungsprinzips ein: »Warteschlangen, häufige ergebnislose Nachfragen nach vielen Konsumgütern haben zugenommen«. Das Angebot an frischem und unverarbeitetem Obst, Gemüse und Südfrüchten z.B. sei »an allen Orten zu allen Jahreszeiten« unzureichend und hinter den Stand von 1985 zurückgefallen. Insgesamt hätte das »immer wieder lückenhafte Sortiment des Handels eine auf Beschaffung ausgerichtete Lebensweise vieler DDR-Haushalte hervorgerufen«. Auch die medizinische Versor-

gung der Bevölkerung wird schon 1988 alles andere als rosig dargestellt, wenn auf »erhebliche defizitäre Entwicklungen bei der Bereitstellung von medizinischer Technik, Pflege- und Verbandsmaterialien, Medikamenten für den stationären und ambulanten Gebrauch« hingewiesen wird. Bei der stationären Behandlung könnten selbst einwandfreie hygienische Bedingungen vielfach nicht gewährleistet werden.

Zur Umweltsituation in der DDR konstatiert der Report des Jahres 1988, daß eine Besserung der schlechten Verhältnisse nicht eingetreten sei und stellt u.a. fest, daß »der in unzulässig belasteten Gebieten lebende Anteil der Bevölkerung bei Schwefeldioxid nahezu 40% und bei Staub über 25% beträgt«. Weiterhin wird gefordert, »mehrere Millionen Bürger vor den Risiken der Fremdstoffbelastung des Trinkwassers zu schützen«. Ausgesprochen kritisch wurde auch 1988 schon die Wohnungsversorgung — insbesondere in ihren qualitativen Aspekten — und der Zustand der Wohngebäude in den Dörfern und Städten der DDR beurteilt. Es sei — so stellten die Wissenschaftler fest — in den kommenden Jahren verstärkt mit Ansprüchen nach geräumigeren Wohnungen, nach höherem Wohnkomfort und nach schöneren Wohnlagen zu rechnen. 25 bis 30 Prozent des fast zur Hälfte vor dem Zweiten Weltkrieg errichteten Wohnungsbestandes sei »mehr oder weniger verschlissen«, 56% der Wohnungen würden immer noch durch Ofenheizung mit Wärme versorgt. Neben der Verbesserung der Wohnungsqualität und Wohnungsausstattung wird vor allem gefordert, »dem fortschreitenden Verfall in vielen Städten und innerstädtischen Wohngebieten entgegenzutreten und historisch wertvolle Bausubstanz zu erhalten. »Untersuchungen lassen erkennen« — so der damalige vertrauliche Bericht — »daß nach 1990 ein überdimensionaler Abbruch derartiger Bausubstanz konzipiert ist, um eine hohe Arbeitsproduktivität im Bauwesen zu erreichen. Daraus müssen Probleme der kulturellen Identität und Einmaligkeit in der jeweiligen Stadt entstehen. Auch bei uns ist das Bewußtsein für historische kulturelle Traditionen gestiegen und zu berücksichtigen. Dies und das Bedürfnis nach Wohnen in vertrauter Umgebung ist wesentliche Vorbedingung für Wohlfühlen und Leistungsbereitschaft«.

Bei aller Kritik in der Sache und einer im großen und ganzen realistischen Beurteilung der Verhältnisse in der DDR dokumentiert diese Form der Berichterstattung doch auch das spezifische Verhältnis von Wissenschaft und Politik in dem von der SED beherrschten Staat. Ob mit diesem Ansatz der Politikberatung alle Möglichkeiten einer kritischen Einflußnahme ausgeschöpft wurden, läßt sich aus heutiger Perspektive nur schwer beurteilen. Die damalige Partei- und Staatsführung hat sich aufgrund der ihr vorgelegten Berichte zur sozialen Lage in der DDR offenbar jedenfalls nicht veranlaßt gesehen, Kurskorrekturen vorzunehmen; eine »Fehlerdiskussion« wurde bis zuletzt nicht zugelassen.

#### **Der Sozialreport 1990: Informationen für die Bürger**

Der Sozialreport 1990 ist im Gegensatz zu den früheren Berichten erstmals explizit an ein breites Publikum adressiert und primär an dem Ziel orientiert, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren und aufzuklären. Der rund 350 Seiten umfassende Report ist eine Gemeinschaftsproduktion von etwa 30 Mitarbeitern des Ostberliner Instituts für Soziologie und Sozialpolitik.

Orientiert an westlichen Vorbildern, wie z.B. dem bundesdeutschen Datenreport, aber zugleich an die früheren Ansätze anknüpfend werden in insgesamt 13 Kapiteln empirische Informationen zur sozialen Lage der Bevölkerung in der DDR zusammengestellt und kommentiert.

Die Darstellung der Lebensverhältnisse beruht überwiegend auf veröffentlichten und unveröffentlichten Daten der amtlichen Statistik. Darüber hinaus wird jedoch auch auf das Datenmaterial von Fachinstituten, z.B. des zentralen Forschungsinstituts für Arbeit, sowie auf die Ergebnisse vorliegender sozialwissenschaftlicher Studien zurückgegriffen. Zudem hat das Institut für Soziologie und Sozialpolitik im Januar 1990 eine repräsentative Umfrage über die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden bei rund 1400 Bürgern der DDR durchgeführt, deren Ergebnisse bereits in den Report eingegangen sind.

#### **Erwerbsbeteiligung bei Frauen höher als bei Männern**

Greift man aus der Fülle der dargestellten Entwicklungen und Situationsbeschreibungen einige Beispiele heraus, so ist zunächst festzustellen, daß die zu beobachtenden demographischen Trends den hiesigen sehr ähnlich sind: eine sinkende Geburtenrate, die Verkleinerung der Haushalte, eine zunehmende Alterung der Gesellschaft bei einem im Vergleich zur Bundesrepublik gegenwärtig allerdings noch günstigeren Altersaufbau, eine steigende Scheidungsquote auf bereits hohem Niveau und in den achtziger Jahren auch ein Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters. DDR-spezifisch ist z.B. der extrem niedrige Ausländeranteil von lediglich 1% der Wohnbevölkerung und die seit ihrem Bestehen »negative Wanderungsbilanz«. Charakteristisch für die DDR, die ja nicht nur ein Recht auf, sondern auch eine Pflicht zur Arbeit kannte, ist zudem die auch im internationalen Vergleich hohe Erwerbsbeteiligung: 1988 betrug der Anteil der Erwerbstätigen an der arbeitsfähigen Bevölkerung 82% bei den Männern und sogar 83% bei den Frauen. Die Frauenerwerbsquote der DDR gehört zu den höchsten der Welt. Fast dreiviertel aller erwerbstätigen Frauen sind vollzeitbe-

schäftigt. Entgegen dem internationalen Trend einer zunehmenden Teilzeitbeschäftigung hat der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen in der DDR seit Beginn der siebziger Jahre um rund 8 Prozentpunkte auf jetzt noch 27% abgenommen. Obwohl empirische Daten über Arbeitszeitpräferenzen bisher nicht vorliegen, gibt es doch Anhaltspunkte dafür, daß der Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen das bisherige Angebot deutlich übersteigt.

An der Arbeitsteilung in den privaten Haushalten hat das hohe Niveau der Frauenerwerbstätigkeit offenbar wenig geändert. Auch in der DDR bleibt die Hausarbeit überwiegend den Frauen vorbehalten. Aus einer Zeitbudgeterhebung von 1985 geht hervor, daß die vollzeiterwerbstätigen Frauen im Durchschnitt täglich noch fast 4 Stunden in ihrem Haushalt beschäftigt sind. Darin schlägt sich auch der durch die chronischen Versorgungsmängel und Infrastrukturdefizite bedingte hohe Zeitaufwand nieder, der für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs aufzuwenden war. Die Erwerbstätigen in der DDR arbeiten nicht nur länger als in der Bundesrepublik, sondern die Arbeitszeiten sind zumeist auch wenig flexibel geregelt. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 1986 für fast zwei Drittel der Berufstätigen nominal noch 43,75 Stunden; der Urlaub 1988 im Durchschnitt 21 Tage. Berücksichtigt man Fehl- und Ausfallzeiten lag die tatsächliche Arbeitszeit in den Betrieben z.T. aber deutlich unter der gesetzlichen Norm.

Interessante Informationen bietet der Sozialbericht auch zu der Frage der leistungsgerechten Bezahlung und Lohn-differenzierung, einem Thema, das in der DDR seit langem — auch öffentlich — diskutiert wurde. Beklagt wird einerseits die — gemessen an Leistungs- und Qualifikationsunterschieden — zu geringe Einkommensdifferenzierung. So hat sich beispielsweise bei einer früher schon problematischen Relation der »Nettolohnabstand der Hoch- und Fachschulkader zu den Produktionsarbeitern von 122% im Jahre 1984 auf 115% im Jahre 1988 verringert«. Andererseits waren auch in der DDR Lohnunterschiede — der Begriff der Ungleichheit kommt im Sprachgebrauch der DDR-Sozialwissenschaftler bisher kaum vor — festzustel-

#### **Übersicht 1: Themenbereiche im Sozialreport der DDR**

- |     |   |
|-----|---|
| 1.  | Bevölkerung                                     |
| 2.  | Bildung   |
| 3.  | Arbeit  |
| 4.  | Einkommen und Verbrauch                         |
| 5.  | Wohnen  |
| 6.  | Umwelt  |
| 7.  | Gesundheit                                      |
| 8.  | Sozialversicherung                              |
| 9.  | Freizeit und Kultur                             |
| 10. | Familie   |
| 11. | Gesellschaftliche Beteiligung                   |
| 12. | Rechtspflege                                    |
| 13. | Lebensbedingungen ausgewählter sozialer Gruppen |

len, die nicht auf Leistungsunterschieden beruhen. So erhalten z.B. weibliche Produktionsarbeiter druchgängig niedrigere Löhne als männliche. Die Differenzen sind allerdings geringer als in der Bundesrepublik. Neben dem Gefühl einer nicht leistungsgerechten Entlohnung sehen die Autoren des Sozialreports in den sinkenden Möglichkeiten der Realisierung von Einkommen, d.h. vor allem einem unzureichenden Angebot an qualitativ hochwertigen Konsumgütern, eine der Ursachen für die sich Ende der achtziger Jahre spürbar verschlechternde Stimmung in der DDR.

#### **Geringere Lebenserwartung und höhere Selbstmordrate als in der Bundesrepublik**

Spezifische Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung ergeben sich aus den z.T. extremen Umweltbelastungen, aber auch einer vergleichsweise ungesunden, zu energiereichen Ernährung. Als problematisch bezeichnet der Sozialreport insbesondere den hohen, die entsprechenden Richtwerte weit übersteigenden Konsum von tierischem Eiweiß und Fett, aber auch »die Spitzenposition im Weltmaßstab beim Verbrauch von Bier und Spirituosen«. Vorliegenden Untersuchungen zufolge sind 30 - 35% der Männer und 35 - 45% der Frauen übergewichtig, und Alkoholkrankheiten haben vor allem auch bei Personen im jüngeren Erwachsenenalter stetig zugenommen. Die Lebenserwartung als ein globaler Indikator des Gesundheitszustandes der Bevölkerung betrug 1987 in der DDR 69,8 Jahre für Männer und 75,9 Jahre für Frauen; sie lag damit um 2 bzw. 2,5 Jahre unter den entsprechenden Werten für die Bundesrepublik. Der Anstieg der Lebenserwartung ist in der DDR fast ausschließlich auf den Rückgang der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen. Bis zum Beginn der achtziger Jahre war die Lebenserwartung für Männer in den Altersgruppen über 45 Jahre sogar rückläufig. Die Lebenserwartung eines 50jährigen Mannes z.B. ist auch gegenwärtig (1987: 23,67 Jahre; Bundesrepublik 25,15 Jahre) kaum höher als zu Beginn der fünfziger Jahre (1952: 23,43 Jahre; Bundesrepublik 23,75). Nachdem Informationen über die Häufigkeit von Selbstmorden bisher nicht veröffentlicht wurden, zeigen die jetzt im Rahmen des Sozialreports vorgelegten Daten, daß die

DDR eine im internationalen Vergleich weit über dem Durchschnitt liegende Suizidrate aufweist. Mit 30,1 Selbstmorden pro 100000 Einwohnern im Jahre 1987 ist die Selbstmordhäufigkeit in der DDR auch deutlich höher als in der Bundesrepublik mit einem Wert von 19,0.

Die Ungleichheit der Lebensbedingungen hat sich in der DDR in besonderem Maße als ein Problem der »territorialen Differenziertheit« — so werden regionale Disparitäten im dortigen Sprachgebrauch bezeichnet — dargestellt. Das Ausmaß, in dem sich die Wohnungssituation, Umweltbelastungen, die medizinische Versorgung, die Infrastrukturausstattung und das Warenangebot regional unterscheiden, führt der Sozialreport drastisch vor Augen. Informationen über Aspekte der vertikalen Ungleichheit, Differenzen des Lebensniveaus zwischen verschiedenen sozialen Gruppen in der DDR, werden dagegen nur in geringem Umfang geliefert.

#### **Löhne, Preise und die Umwelt haben für die Bürger die höchste Priorität**

Neben einer Vielzahl von Daten über die objektiven Lebensbedingungen enthält der Sozialreport auch Informationen darüber, wie die Verhältnisse von den Bürgern der DDR subjektiv wahrgenommen und beurteilt werden. In einer im Januar 1990 durchgeführten Repräsentativbefragung wurde u.a. ermittelt, für wie wichtig die Bürger verschiedene Lebensbereiche und Aspekte der Lebensbedingungen halten, wie zufrieden sie damit sind und wo sie Verbesserungen erwarten. Es zeigte sich, daß die in der Wichtigkeit am höchsten eingestuften Bereiche Löhne/Preise und Umwelt zugleich diejenigen sind, mit denen die Menschen am wenigsten zufrieden sind (Tabelle 1). Zusammen mit der Demokratie und dem Rechtssystem sind dies zudem die Gebiete auf denen vor allem Verbesserungen erwartet werden. Dagegen ist die Soziale Sicherheit ein Aspekt,

**Tabelle 1: Bewertung von Lebensbereichen \***

Lebensbereich	sehr wichtig ist für mich ...		ich bin sehr zufrieden bzw. zufrieden mit ...		ich erwarte Verbesserungen bei ...	
	%	Rang	%	Rang	%	Rang
Löhne/Preise	85	1	2	12	56	4
Umwelt	84	2	3	11	66	2
Rechtssystem	79	3	19	9	56	3
Soziale Sicherheit	77	4	58	4	36	9
Arbeit	70	5	59	3	33	10
Partnerschaft	67	6	82	1	29	12
Gesundheit	62	7	26	8	55	5
Demokratie	59	8	8	10	67	1
Kinder	54	9	57	5	31	11
Wohnung	49	10	60	2	40	7
Freizeit	45	11	39	7	52	6
Bildung	44	12	45	6	37	8

\* Befragung im Januar 1990

Quelle: Sozialreport 1990

der auf der Wichtigkeitsskala ebenfalls weit vorne rangiert, mit dem die Bürger aber vergleichsweise zufrieden sind und wo diejenigen, die Verbesserungen erwarten, sich in der Minderheit befinden. Informationen dieser Art sind nicht nur von akademischem Interesse, sie bieten gerade auch für eine Politik, die bei der Gestaltung der deutschen Einheit auf die Hoffnungen, Erwartungen und Befürchtungen der Bürger Rücksicht nehmen will, wichtige Anhaltspunkte.

Der vorliegende Sozialreport vermittelt insgesamt das Bild einer Gesellschaft, in der sich im Detail über die Jahre manches verbessert hat, die aber dennoch zu keinem Zeitpunkt die eigenen Ansprüche und die Erwartungen ihrer Bürger jemals erfüllen konnte. Weil die Ansprüche — genährt durch den Vergleich mit der Bundesrepublik — schneller wuchsen als die Verhältnisse sich bessern konnten, mußte die Unzufriedenheit zwangsläufig zunehmen. Mit der Veröffentlichung des Sozialreport wurde auf den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR schnell reagiert. Bei allen noch vorhandenen Mängeln des Reports trägt er wesentlich dazu bei, die enormen Defizite an Informationen über die Lebensbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR abzubauen. Die Prognose für eine DDR-spezifische Sozialberichterstattung ist dennoch ungünstig; der für 1991 geplante Sozialreport wird voraussichtlich zugleich der letzte sein.

*Heinz-Herbert Noll  
(Tel. 0621 / 18004-14)*

## Junge Frauen und Männer bleiben wieder länger im Elternhaus

### Ergebnisse einer kohortenspezifischen Verlaufsdatenanalyse

**In den letzten Jahren haben sich im Bereich der Familienformen und Haushaltstypen wichtige Veränderungen ergeben. Deutlich zugenommen hat die Zahl der Einpersonenhaushalte. Gestiegen ist auch die Bedeutung unkonventioneller Lebensformen, wie Wohngemeinschaften und das Zusammenleben unverheirateter Paare. Sexualität und Partnerschaft außerhalb von Ehe und Familie werden zunehmend toleriert. Zwischen dem Jugendalter und dem Erwachsensein hat sich eine eigenständige Übergangsphase der »Post-Adoleszenz« herausgebildet. Sie reicht von der juristischen Volljährigkeit bis zur beruflichen und familiären Etablierung. Im Zuge der Ausbreitung »postadoleszenter Lebensformen« dürfte auch die Bereitschaft der Eltern zugenommen haben, ihre Kinder außerhalb des eigenen Haushalts materiell zu unterstützen und ihnen eine eigenständige Lebensform zu ermöglichen. In Verbindung mit der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters ist es jungen Frauen und Männern heute früher möglich, sich zu entscheiden, wann sie den elterlichen Haushalt verlassen wollen.**

Veränderungen des durchschnittlichen Alters junger Menschen beim Auszug aus dem Elternhaus sind ein Indikator für sozialen Wandel im Bereich von Familien und privaten Haushalten. Hier soll nun der Auszug aus dem elterlichen Haushalt für die Geburtsjahrgänge von 1922 bis 1966 im Zeitverlauf untersucht werden. Dazu wurden die Daten des ALLBUS 1988 verwendet, in dem retrospektiv nach dem Zeitpunkt des Auszugs aus dem Elternhaus und der Eheschließung gefragt wurde. Eine wesentliche Voraussetzung für die Etablierung unkonventioneller Lebensformen in der Phase der Post-Adoleszenz ist nicht nur der erfolgte Auszug aus dem Elternhaus sondern auch die herausgeschobene Eheschließung. Solche Lebensformen können sich nur dann in größerem Umfang herausbilden, wenn die Zeitspanne zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Eheschließung genügend lang ist. Deshalb werden hier in einem zweiten Schritt auch die Entwicklung des Heiratsalters und die Zeitspanne zwischen Auszug und Eheschließung analysiert.

#### Zunächst Trend zum früheren Auszug aus dem Elternhaushalt

Signifikante Ereignisse im Lebenszyklus, wie Übergänge innerhalb des Bildungssystems, der Eintritt in das Erwerbsleben

oder die Eheschließung sind zumeist Gründe für den Auszug aus dem Elternhaushalt. Hinsichtlich des Auszugsalters bestehen deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei den jungen Frauen läßt sich im Verlauf dieses Jahrhunderts zunächst ein Trend zu einem immer früheren Auszug aus dem elterlichen Haushalt erkennen. Diese Entwicklung wird in Graphik 1 für die Zeit seit Gründung der Bundesrepublik detailliert dargestellt. Der Auszug aus dem Elternhaushalt fällt etwa ab dem Geburtsjahrgang 1932 in die Zeit der Bundesrepublik. Für die Geburtskohorte 1932/36 lag der Median des Auszugsalters bei knapp 23 Jahren. Bis zur Kohorte 1952/56 verlassen die jungen Frauen im Zeitverlauf immer früher die elterliche Wohnung. Erst ab der Geburtskohorte 1957/61 nimmt das durchschnittliche Auszugsalter wieder leicht zu. Es liegt für die jüngste Kohorte bei knapp über 21 Jahren.

In der Gegenüberstellung einer älteren und einer jüngeren Geburtskohorte wird der unterschiedliche Verlauf des Auszugsprozesses aus dem elterlichen Haushalt deutlich. Bei der Geburtskohorte 1957/61 setzt der Auszugsprozeß bereits nach dem 17. Lebensjahr in großem Umfang ein. Dagegen beginnt er bei der Geburtskohorte 1932/36 später und verläuft gleichmäßiger bis zum 25. Lebensjahr. Danach werden im weiteren Ver-